„Für eine demokratische und soziale Hochschule -

Hochschulpolitische Reformperspektiven der Gewerkschaften“

Rede der stellvertretenden

Vorsitzenden des DGB

Ingrid Sehrbrock

bei der Hochschulpolitischen Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

am 11. Dezember 2012 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer sich mit der Lage der Hochschulen in diesen Tagen befasst, hört erfreuliche Nachrichten. Nie war ein Studium begehrter als heute. Die Zahl der Studierenden ist von 1,9 Millionen im Jahr 2001 auf jetzt 2,5 Millionen gestiegen. Das sind 31% mehr. Eine Rekordzahl, die sicher zum Teil auch der Abschaffung des Wehr- und Zivildienstes sowie den doppelten Abiturjahrgängen geschuldet ist. Mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler macht ihr Abitur. Seit 2001 sind das 50% mehr. Und eine weitere Zahl kann als Erfolg gewertet werden: 91 Prozent der Studierenden schaffen ihren Bachelor oder Master in der Regelstudienzeit plus zwei Semestern.

Gute Nachrichten also? Ja, es sind Erfolgsmeldungen, aber ein zweiter Blick

zeigt doch massive Probleme für unser Hochschulsystem:

Noch immer muss man Arbeiterkinder an den deutschen Hochschulen fast mit der Lupe suchen. Von 100 Kindern, die nicht aus Akademiker-Familien stammen, schaffen es nur 24 an die Hochschule. Bei Kindern aus Akademiker-Familie sind es 71.

Noch immer finden Menschen, die eine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben, selten den Weg an unsere Hochschulen. Gerade einmal zwei Prozent der Studierenden haben kein Abitur. Die strikte Trennung zwischen beruflicher und akademischer Bildung bleibt – entgegen vieler Beteuerungen in Sonntagsreden – ein Faktum.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde das BAföG systematisch geschwächt. Lag der Anteil der BAföG-Empfänger an den Studierenden in den 70er Jahren noch bei

knapp 50 Prozent, ist er heute auf unter 20 Prozent gesunken. Dabei ist das BAföG eine wichtige Stufe des sozialen Aufstiegs. Es ermöglicht vielen jungen Menschen aus ärmeren Familien erst ein Studium.

Ohne Frage: Der Weg in die Bildungsrepublik Deutschland ist lang und steinig. In unserem Land hängen die Bildungschancen der Kinder von ihrer sozialen Herkunft ab wie kaum sonst wo! Gute Bildung und eben auch Hochschulbildung vererbt sich sozusagen in den höheren Schichten. Ganz gleich wie die Noten tatsächlich sind, in akademischen Familien ist es eben überhaupt keine Frage, dass studiert wird. Jugendliche aus der Arbeiterschicht gehen viel kritischer und abwägender an die Sache und entscheiden sich bei schulischen Ausrutschern eher gegen ein Studium.

Gute Studienbedingungen sind nicht die Regel. Vorlesungen in Kirchen oder Kinos,

Hochschulen, die junge Menschen mit lokalen NCs aus den Hörsälen aussperren. All das ist heute keine Seltenheit.

Schon heute sind die Bundesländer mit der Finanzierung eines zukunftsfähigen Hochschulsystems hoffnungslos überfordert. Und die Lage wird nicht besser. Hierzu nur vier Schlaglichter:

Der Hochschulpakt 2020 sollte die Hochschulen entlasten. Aber die Mittel für den Pakt sind wahrscheinlich schon 2014 aufgezehrt. Die Hochschulrektoren gehen von weiteren sieben Milliarden Euro bis 2017 aus, allerdings steigt auch die Zahl der Studierenden.

Die Gemeinschaftaufgabe Hochschulbau läuft aus. Schon ab 2013 werden die 750 Millionen Euro, die Jahr für Jahr in die Hochschulbauten fließen sollen, nicht mehr zweckgebunden sein. Die Finanzminister können dann das Geld auch zum Stopfen

ihrer Haushaltslöcher nutzen. Übrigens haben Bund und Länder dies im Zuge der Föderalismus-Reform 2006 einvernehmlich vereinbart.

Die Mittel aus dem Pakt für Forschung und Innovation werden ab 2015 nicht mehr fließen.

Und: Ab dem Jahr 2020 greift die Schuldenbremse. Da die Länder finanziellen Gestaltungsspielraum vor allem bei der Polizei und im Bildungswesen haben, liegt es nahe, dass, genau hier der Rotstift angesetzt wird.

Diese Entwicklungen zeigen eindeutig: Bei der Föderalismus-Reform haben die Länder auf ihre Kulturhoheit gepocht und den Bund als Geldgeber aus weiten Teilen des Bildungssystems verdrängt. Heute weiß jeder: Das war ein schwerer politischer Fehler! Die Länder haben zwar klare

Kompetenzen, aber das Geld fehlt vorn und hinten!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Aber nicht nur an den Hochschulen besteht dringender Handlungsbedarf: 2,2 Millionen Menschen, die jünger als 35 Jahre sind, haben keinen Berufsabschluss. Allein diese Fakten zeigen: Der Bund muss finanziell wieder einsteigen können und das nicht nur durch komplexe und lange verhandelte Konstruktionen zwischen Bund und Ländern.

Nun macht man eine Verfassungsreform nicht nebenbei, die muss man sich genau überlegen. Aber hinter vorgehaltener Hand sagen quer durch alle Parteien die Fachleute, dass das Kooperationsverbot Murks ist und so schnell wie möglich weichen soll.

Auch die soziale Infrastruktur des Studiums muss stärker in den Blick genommen werden. Alle Jahre wieder müssen neu eingeschriebene Studierende in Turnhallen oder Containern notdürftig untergebracht werden. Das sind unwürdige Zustände. Der DGB unterstützt deshalb die Forderung des Deutschen Studentenwerks: Wir brauchen ein Bund-Länder-Programm für 25.000 neue Wohnheimplätze.

Anrede,

was sind eigentlich die Prioritäten in unserem Land: Ist Steuern zahlen etwas für die Dummen? Wollen wir weiterhin auf die Besteuerung von Finanztransaktionen verzichten? Die Gewerkschaften haben mit ihrer Aktion „Umfairteilen", die ja auch von ver.di, der GEW und der DGB-Jugend getragen wird, eindeutig Position bezogen: Vermögende müssen höhere Steuern

zahlen und wir müssen diese Mittel gezielt in Bildung und Wissenschaft investieren!

Natürlich gibt es Spielraum für Umverteilung im System: Warum finanziert der Staat mit Milliarden handverlesene Exzellenz-Universitäten, während in den Hörsälen der Putz von den Wänden bröckelt und Studierende wie bei einer Tombola ausgelost werden? Die Gewerkschaften wollen keine Leuchttürme in der Wüste. Wir wollen gut ausgestattete, öffentliche Hochschulen!

Anrede,

doch es geht nicht nur ums Geld. Die Hochschulen waren im vergangenen Jahrzehnt einem tiefgreifenden Wandel ausgesetzt. Die Konzepte der „unternehmerischen" Hochschule lieferten den ideologischen Überbau.

Die Arbeitgeber-Verbände schreiben es noch heute in ihrem Leitbild der Hochschule der Zukunft ganz unverhohlen, ich zitiere: „Die Hochschule handelt unternehmerisch und agiert unabhängig von direkten staatlichen Eingriffen. Die Mittel für Forschung und Lehre werden zum überwiegenden Teil im Wettbewerb vergeben."

Wenn aber Forschende und Lehrenden zu kleinen Ich-AGs werden, wenn das Einwerben von Drittmitteln zum Gradmesser des Erfolgs wird, wenn sich Parlamente und Regierungen aus diesem Marktgeschehen nahezu komplett verabschieden sollen: Dann wird – ausgerechnet im Namen der Freiheit – die Wissenschaftsfreiheit den Zwängen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs unterworfen.

Die Gewerkschaften müssen und wollen dem Konzept der „unternehmerischen

Hochschule" ihre Idee eine „demokratischen und sozialen Hochschule" entgegenhalten. Dabei geht es um viel. Es geht um den Beitrag der Hochschulen auch für die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land. Es geht um die Gestaltung von Arbeit und die Sicherung von Beschäftigung. Und natürlich geht es um eine gute wissenschaftliche Berufsausbildung, die die Entwicklung von Kritikfähigkeit und die Persönlichkeitsbildung einschließt.

Welche Alternativen sehen die Gewerkschaften? Ich möchte das an neun Punkten verdeutlichen.

Erstens: Wir müssen die Hochschulen wirklich für Menschen ohne Abitur öffnen. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass das geht: In England und Wales liegt die Quote der beruflich Qualifizierten an den Hochschulen bei 15 Prozent, in Schweden und Österreich immerhin noch bei sechs

Prozent. In Deutschland bei nur knapp zwei Prozent.

Die Kultusministerkonferenz hat im März 2009 in Stralsund den formalen Zugang etwas gelockert. So steht Meistern – zumindest nach der Gesetzeslage – jedes Studium offen. Jenseits des Meisters stoßen Menschen ohne Abitur jedoch noch immer auf einen föderalen Hürdenlauf – von mehrjähriger Berufserfahrung bis zur Aufnahmeprüfung an der Universität.

Wer es ernst meint mit der Durchlässigkeit im Bildungswesen, muss deshalb die Hochschulen weiter öffnen.
An den Hochschulen brauchen wir einen Kulturwandel. Sie müssen endlich lernen, mit Vielfalt produktiv umzugehen. Denn aus der homogenen Studierendenschaft wird mehr und mehr eine akademische Patchwork-Familie. Im Hörsaal sitzen Schulabgänger neben Berufstätigen ohne Abitur und zurückgekehrte Akademiker.

Die deutschen Studienformate sind zu wenig flexibel. Vor allem der Ausbau von berufsbegleitenden Studiengängen ist längst überfällig. Dafür müssen verschiedene Lernarrangements bereit stehen, wie zum Beispiel E-Learning, Präsenzveranstaltungen sowie Seminare an Wochenenden und in den Abendstunden.

Ich freue mich, dass die Hans-Böckler-Stiftung jetzt mit neuen ihrem Programm „Dritter Bildungsweg", beruflich Qualifizierten den Weg an die Hochschulen ebnen möchte.

Anrede,

Doch Hochschulen müssen die Studierenden wirklich aufnehmen können. Die doppelten Abiturjahrgänge und die Abschaffung von Wehr- und Zivildienst tragen dazu bei, dass Menschen ohne Abitur kaum im Fokus der Hochschulen

stehen. In einem Hochschulpakt Plus sollten Studienplätze für beruflich Qualifizierte mit einem zusätzlichen Bonus von 50 Prozent pro Platz gefördert werden.

Keinesfalls geht meines Erachtens, dass spezielle Studiengänge – mit abgespeckten Anforderungen für beruflich Qualifizierte angeboten werden. Das schafft Studenten erster und zweiter Klasse. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Bei Studienbeginn brauchen sie begleitenden Kurse oder Hilfen als Standardangebot!

Zweitens: Wir müssen die Hochschulen sozial öffnen. Gerade Menschen aus einkommensschwachen Familien müssen sich ein Studium auch leisten können. Wir haben in den Gewerkschaften lange intensiv diskutiert: Soll das Studium wirklich gebührenfrei sein? Muss nicht eher der Kindergarten gebührenfrei sein? Finanziert am Ende nicht die Krankenschwester die Ausbildung des Vorstandsmitglieds?

Wir haben uns ganz bewusst und klar gegen Gebühren im gesamten Bildungssystem ausgesprochen – von der Kita bis zur Uni. Eine Studie des Hochschul-Informationssystems (HIS) hat gefragt, warum rund 86.000 potenzielle Studierende nach dem Abitur kein Studium beginnen. Ein Drittel dieser jungen Menschen gab an, dass ihnen schlicht das Geld dafür fehlt. Wir wissen eben, dass Gebühren Hürden sind, die vor allem die Kinder des Polizisten und nicht die der Chefärztin treffen.

Es zählt zu den erfreulichen Ereignissen, dass in jüngster Zeit eine Gebühren-Bastion nach der anderen fällt. Hessen, das Saarland, Nordrhein-Westfalen und Hamburg haben die Gebühren wieder abgeschafft. Selbst in Bayern erwägt die CSU, Studiengebühren abzuschaffen. Diese Gebühren sind bundesweit ein Auslaufmodell. Dies ist auch ein gewerkschaftlicher Erfolg!

Und natürlich müssen wir das BAföG stärken. Es bietet einen klaren Rechtsanspruch. Wir wollen durch einen regelmäßigen Inflationsausgleich, die Abschaffung der Altersgrenzen, die Senkung des Darlehensanteils bis hin zur Vollförderung und eine sichere Förderung beim Übergang vom Bachelor zum Master!

Ich freue mich, dass es auch hier gerade die Hans-Böckler-Stiftung ist, die im Rahmen ihrer „Böckler Aktion Bildung" gezielt Menschen aus nicht-akademischen Familien ein Studium ermöglicht. Unter dem Motto: „Du studierst. Wir zahlen." sind Modelle und begleitende Maßnahmen entwickelt worden, die Schule machen sollten, nicht nur bei der HBS.

Langfristig wollen wir die Studienfinanzierung in ein Bildungsförderungsgesetz integrieren. Damit soll ein Studium, aber auch das

Nachholen schulischer und beruflicher Abschlüsse oder eine berufliche Aufstiegsfortbildung finanziert werden.

Drittens: Wir setzen uns für ein gutes Studium und eine gute Lehre ein. Aber was macht gute Lehre aus? Dazu zählt für uns auch eine realistische Arbeitsbelastung für Studierende und Lernende. Die Zahl der Prüfungen muss reduziert werden. Lehre muss gegenüber der Forschung an den Hochschulen endlich einen höheren Stellenwert bekommen. Wir wollen deshalb den Aufbau von hochschuldidaktischen Fachzentren und eine verbindliche pädagogisch-didaktische Weiterbildung aller Lehrenden, um die Qualität der Lehre zu verbessern.

Für uns ist ein Studium Bildung und Ausbildung zugleich. Wir wollen deshalb ein Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung gestalten. Ein Studium soll auch für den Beruf befähigen. Natürlich

dient ein Studium der Persönlichkeitsbildung. Dafür muss aber auch Luft sein. Wer nur stromlinienförmig durchs Studium geht, wer nicht in andere Felder hinein schnuppern kann oder sich ehrenamtlich engagiert, wird kaum je sich gesellschaftlich verantwortlich fühlen in seinem späteren Leben. Das ist nicht in Ordnung.

Anrede,

Die Qualität der Lehre lässt oft zu wünschen übrig. Wir wollen, dass sie zunächst intern von den Hochschulen geprüft wird. Dabei ist es wichtig, dass Lehrende und Lernende an diesem Prozess auf Augenhöhe mitwirken. Wichtig ist auch, dass die Lehre für die Karriere an Hochschulen in Zukunft die gleiche Bedeutung bekommt wie gute Forschung.

Für die externe Qualitätssicherung brauchen wir Verfahren der Akkreditierung,

die bundeseinheitlich geregelt und öffentlich verantwortet sind. Natürlich werden sich die Gewerkschaften weiterhin im Akkreditierungsrat engagieren.

Viertens: Wir brauchen einen neuen Kurs für Bologna. Das Ziel klang ja verlockend: Junge Studierende beginnen ihr Studium in Aachen, setzen es in Stockholm fort, um dann in Rom ihren Master zu machen. Das war die Vision. Auch die Gewerkschaften haben dieses Vorhaben unterstützt.

Heute ist die Bilanz ernüchternd: Überfrachtete Stundenpläne, teils gestiegene Abbrecherquoten und hohe Hürden auf dem Weg ins Ausland. Auch hier sind Studierende aus weniger betuchten Familien besonders betroffen.

Wir Gewerkschaften wollen deshalb eine grundlegende Kurskorrektur: Es ist falsch ganze Diplom-Studiengänge in einen sechssemestrigen Bachelor zu pressen. Wir

brauchen mehr Zeit für Bildung und einen freien Zugang zum Master.

Und auch die Regelstudienzeit bis zum Master darf nicht auf zehn Semester eingedampft werden. Wenn aus gutem Grund ein Bachelor-Studiengang auf acht Semester angelegt ist, kann man von den Studierenden nicht verlangen, dass anschließend der Master in nur zwei Semestern gemacht wird. Kurz und billig darf nicht als Maßstab gelten.

Ich finde es übrigens ein falsches Signal, dass die Bundesregierung die Nationale Bologna-Konferenz in diesem Jahr ausfallen ließ. So gewinnt man nicht mehr Akzeptanz für diesen Prozess.

Fünftens: Wir wollen die Demokratiefrage an den Hochschulen neu stellen. Spätestens nach Stuttgart 21 oder dem erfolgreichen Berliner Volksentscheid Wassertisch ist klar: Wir brauchen mehr und nicht weniger

Partizipation und Mitbestimmung in unserer Gesellschaft. Doch an den Hochschulen wurde – im Namen der Freiheit und der Autonomie – die Demokratie Stück für Stück abgebaut.

Dabei wissen wir aus der Arbeitswelt: Besonders innovativ sind Betriebe dann, wenn ihre Sache auch Sache der Beschäftigten ist. Innovationen entstehen eben nicht einsam an der Spitze eines Unternehmens oder ausschließlich in Forschungslaboren, sondern oft mit den Belegschaften.

Wir plädieren deshalb für mehr Mitbestimmung an den Hochschulen. Wir wollen die akademische Selbstverwaltung stärken. Die Kontrolle der Hochschulen muss bei demokratisch legitimierten Gremien liegen: bei Parlamenten und Regierungen. Für den Austausch zwischen Hochschule und Gesellschaft sollen neu eingesetzte plurale Kuratorien sorgen.

Sechstens: Wir wollen gute Arbeit an den Hochschulen. Offenbar ist der Politik und unserer Gesellschaft die Arbeit von Wissenschaftlern nicht so wichtig. Sonst wären die Bedingungen am Arbeitsplatz Hochschule nicht so beschämend. Auf eine unbefristete wissenschaftliche Stelle kommen fast acht befristete Stellen. Mehr als die Hälfte der Fristverträge hat eine Laufzeit von unter einem Jahr. Da beginnt für die Beschäftigten mit der Unterschrift unter den Arbeitsvertrag notgedrungen schon die Suche nach der nächsten Stelle. Da bleibt doch die Frage: Wie viele Forschungsprojekte gibt es eigentlich, die in weniger als einem Jahr abgeschlossen werden können?

Schlimmer noch: Die Bundesregierung hat sogar eine Tarifsperre in das Wissenschaftsfreiheitsgesetz geschrieben. Gewerkschaften und Arbeitgebern ist es

untersagt, abweichende Regelungen per Tarifvertrag zu treffen.

Es wundert mich schon: Den gesetzlichen Mindestlohn lehnen noch immer viele Politikerinnen und Politiker mit Hinweis auf die Tarifautonomie ab. Geht es aber darum, die Arbeitsverträge in der Wissenschaft immer wieder zu befristeten, dann wird die Tarifautonomie ganz schnell ignoriert, ja sogar ausgehebelt. Hier werden Argumente so gedreht, wie sie gerade in den Kram passen. Deshalb muss die Tarifsperre aus dem Gesetz gestrichen werden.

Und: Wir brauchen eine angemessene Befristung. Dauert ein Forschungsprojekt fünf Jahre, müssen auch die Arbeitsverträge mindestens fünf Jahre laufen. Das ist nicht mehr als recht und billig.

Gute Arbeit zu ermöglichen ist aber auch die Aufgabe jeder einzelnen Hochschule.

Wir wollen deshalb, dass alle Beteiligten an den Hochschulen gemeinsam einen Index „Gute Arbeit" entwickeln, der zum Maßstab für die Hochschulen wird. Was erwarten die Beschäftigten? Was ist davon erreicht? Wo gibt es Defizite? Wo muss schnell gehandelt werden? Hier gibt der DGB Index Anhaltspunkte. Da müssen die Fakten auf den Tisch.

Siebtens: Wir wollen eine aktive Gleichstellungspolitik an den Hochschulen. Noch immer gilt: Je höher die Karrierestufe an der Hochschule, desto geringer der Frauenanteil. Wir sprechen uns deshalb klar für verpflichtende Quoten aus! Zu einer aktiven Gleichstellungspolitik an den Hochschulen gehören für uns auch Mentoringprogramme, Förderpläne, Fortbildungen für Lehrende und natürlich hauptamtliche Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte mit starken Gestaltungs- und Mitbestimmungsrechten. Wir sind auch der Auffassung, dass

öffentliche Forschungsförderung Vorgaben für eine solche aktive Gleichstellungspolitik machen muss. Es kann doch nicht sein, dass unsere Hochschulen die Talente der Wissenschaftlerinnen nicht nutzen.

Achtens: Wenn private Drittmittel an die Hochschulen fließen, können diese massiven Einfluss auf die Forschung haben. Wie frei ist die Universität Köln, die – laut Spiegel – jedes Jahr eine sechsstellige Summe von Bayer bekommt und vertragliche Details, wenn überhaupt, nur zögerlich offen legt? Fühlen sich die Professoren an der Freien Universität Berlin nur ihrem Fach und den Studierenden verpflichtet oder auch dem Unternehmen Sanofi-Aventis, mit dem die Uni einen Kooperationsvertrag schloss? Hier gibt es viele andere Beispiele.

Ohne Frage: Ohne Drittmittel stünde es oft schlecht um Forschung. Aber es darf nicht sein, dass Konzerne die Agenda staatlicher

Hochschulen bestimmen, und dies auch noch im Verborgenen tun. Insbesondere, wenn man bedenkt, dass es für manche Bereiche nie Fördermittel von Dritten gibt. Der Spiegel schreibt angesichts des massiven Engagements der Pharma-Lobby: Das Grundgesetz garantiert die Freiheit von Forschung und Lehre, aber an den Hochschulen haben sich private Herren eingeschlichen."

Gerades deshalb fordern wir Gewerkschaften, die Grundmittelquote an den Hochschulen zu erhöhen. Über Drittmittel und Kooperationen sollen demokratische Gremien an den Hochschulen entscheiden und ohne Frage, wir brauchen ethische Grundsätze an den Hochschulen, nach denen Drittmittel beantragt und verwendet werden und wir brauchen Transparenz darüber.

Neuntens: Wir wollen das Hochschulwesen durchlässig und gleichwertig gestalten.

HRK-Präsident Horst Hippler hat neulich in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung die Gleichwertigkeit von Universitäten und Fachhochschulen in Abrede gestellt. Die Unis seien für die Persönlichkeitsbildung zuständig, die FHs für die Berufsbildung. Diese Aussage zeigt: Der HRK-Präsident weiß nur wenig über Berufsbildung, denn auch dort ist die Persönlichkeitsbildung ein wesentliches Merkmal. Und er scheint auch die hohe Leistung der Fachhochschulen nicht zu kennen. Erstaunlich. Wir wollen die FHs stärken: Ihren Absolventinnen und Absolventen soll auch der Weg zur Promotion offen stehen. Sie sollen ihren eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden können. Und natürlich müssen die Beschäftigten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen – unabhängig von der Frage, an welchem Hochschultyp sie arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

All diese Themen zeigen: Wir brauchen Bewegung an den Hochschulen. Unser Gegenbild ist demokratisch und sozial. Ich freue mich deshalb, dass der DGB-Bundesvorstand – und damit auch alle acht Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften – dieses Programm beschlossen hat und mittragen.

Wir haben mehr als zwei Jahre an diesem Programm gearbeitet. Es war ein partizipativer Prozess, in dem die acht Gewerkschaften konstruktiv ihre ganz eigene Sichtweise eingebracht haben. Diese Programmdebatte war ein Stück gelebter DGB. Hierfür möchte ich mich bei allen bedanken, die daran mitgearbeitet haben. Insbesondere auch bei der Redaktionsgruppe, die diesen Prozess sehr umsichtig und transparent gesteuert hat. Wir haben dieses Programm nicht nur innerhalb der Gewerkschaften diskutiert,

sondern auch mit Wissenschaftlern, Politikern, Studierenden und Lehrenden.

Und: wir haben mit unserer Programmdebatte nicht bei Null angefangen. Das neue Hochschulpolitische Programm des DGB fußt auf dem „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule", das die Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam mit den Gewerkschaften und einer Projektgruppe renommierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entwickelt hat. Es basiert auf 14 hoch interessanten Expertisen. Das Buch mit diesen Expertisen liegt ihnen heute vor. Ich bin der Hans-Böckler-Stiftung, den beteiligten Wissenschaftlern und Gewerkschaften für dieses Leitbild sehr dankbar.

Aber die Arbeit der Gewerkschaften ist damit nicht beendet.

Das Programm ist nichts für die Schublade!

Wir suchen die gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der Hochschulen. Wir suchen die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Studierendenverbänden, aber auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Wir suchen den Austausch mit der Politik.

Die demokratische und soziale Hochschule muss ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Unser Hochschulpolitisches Engagement wird auch Teil der Betriebs- und Tarifpolitik werden. Da sind natürlich die Mitgliedsgewerkschaften gefordert.
Die Gewerkschaften werden mit dem Programm auch die betriebliche Diskussion suchen, wir wollen den Dialog mit Aktivengruppen, mit Betriebs- und Personalräten.

Anrede,

Das Hochschulpolitische Programm soll auch Grundlage unserer Studierenden- und Hochschularbeit sein. Deshalb bin ich auch froh, dass die DGB-Jugend eng in diesen Prozess einbezogen wurde. Ob es uns gelingt die Diskussion vor Ort zu führen, hängt davon ab, wie wir die Zusammenarbeit organisieren:

- die Campus Offices und Hochschulinformationsbüros,
- die Kooperationsstellen zwischen Wissenschaft, Gewerkschaften und Arbeitswelt, und
- die Betriebs- und Studierendengruppen
- die Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote von DGB und Gewerkschaften sind dabei.

Und natürlich wollen wir mit der Hans-Böckler-Stiftung, mit Stipendiaten und Vertauensdozenten, die sich aktiv in

unsere Programmdebatte eingebracht haben, im Gespräch bleiben. Das war ein sehr produktiver Prozess.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

erinnert sich noch jemand an die ZVS, die Zentrale Vergabestelle von Studienplätzen in Dortmund? Jahrelang organisierte sie die Verteilung von Studienbewerbern in vielen Numerus-Clausus-Fächern. Zugegeben – nicht immer mit besten Ergebnissen. Wirtschaftsliberale Politiker brandmarkten sie als bürokratisches Monstrum. So lange, bis die ZVS entmachtet und den Hochschulen mehr Eigenverantwortung gegeben wurde.

Das Ergebnis ist das blanke Chaos. Um sicher einen Studienplatz zu bekommen, bewerben sich viele angehende Studierende an zehn oder mehr Unis gleichzeitig. Viele dieser Bewerber erhalten gar keinen

Studienplatz oder bekommen ihn erst lange nach Semesterbeginn im x-ten Nachrückverfahren. Gleichzeitig bleiben tausende Studienplätze unbesetzt.

Das zeigt: Nicht nur im Finanzsystem, auch an den Hochschulen ist Deregulierung und kein Allheilmittel.

Auch an den Hochschulen ist ein Regelsystem nötig, das den Rahmen setzt. Wie wir überhaupt seit der Finanzkrise feststellen, dass wir einen Ordnungsrahmen für Gesellschaft und Wirtschaft brauchen.

Nicht „schnell und billig" kann die Devise für Studienabschlüsse sein. So schrieb es der Tagesspiegel hier in Berlin erst letzte Woche.
Unser Programm zeigt, wo und wie es gehen muss.
Wie sagte noch Kennedy: Teurer als Bildung ist keine Bildung! Da hatte er recht.

Vielen Dank!